

**Annoncen-
Bureau:**
In Berlin
unter in der Expedition
bei Kropke (H. H. Meier & Co.)
Weidenstraß 14;
in Gießen
bei Herrn H. Spindler,
Matten- u. Buchbinderei, No. 4;
in Gießen bei Herrn J. Streiland;
in Frankfurt a. M.
G. H. Nasse & Co.

Vossener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

**Annoncen-
Bureau:**
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen,
Bielefeld, Köln,
in Berlin, Preuss.
Frankfurt a. M., Leipzig, Hannover,
Wien u. Göttingen.
Grafenbergsche Buchdruckerei
in Berlin:
J. Neumann, Neudammstr.
in Breslau: Emil Kuhnke.

Nr. 545.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-
scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
Berlin 1 Thlr. für ganz Preussen 1 Thlr. 24 Gr.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen
Reiches an.

Freitag, 7. August
(Erscheint täglich drei Mal.)

Preis 2 Sgr. die halbjährliche Zeit oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu richten und werden für die am folgenden
Tage Morgens 8 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr
Nachmittags angenommen.

1874.

Telegraphische Nachrichten.

Kiel, 6. August. Der „Albatros“ und „Nautilus“ gehen, wie die „Kieler Zeitung“ meldet, erst nächsten Sonnabend in See; das deutsche Uebungsgechwader begibt sich zu Anfang nächster Woche nach Danzig.

Saag, 5. August. Eine offizielle aus Atchin vom 3. d. hier eingegangene Depesche meldet, daß die holländische Flagge zu Telokemawe aufgepflanzt sei und daß Moesapi (Süßling von der Mündung des Atchinflusses) sowie Kampong von den Holländern genommen seien. Diefelben hatten bei den Kämpfen 6 Tode und 47 Verwundete, während die Atchinesen 73 Tode verloren. Der Gesundheitszustand der holländischen Truppen ist wenig befriedigend.

Paris, 6. Aug. Der „Times“ werden von ihrem pariser Korrespondenten Mittheilungen über Besprechungen gemacht, die der deutsche Botschafter, Fürst von Hohenlohe, betreffs der spanischen Angelegenheiten mit dem französischen Minister des Auswärtigen, Herzog von Décazes, neuerlichst gehabt hat.

Danach hätte am 21. v. M. eine persönliche Begegnung stattgefunden, bei der nur ganz allgemein von den spanischen Angelegenheiten die Rede gewesen wäre. Bei einer späteren vertraulichen Unterredung des Fürsten von Hohenlohe mit dem Herzog von Décazes — am 26. v. M. — hätte der Erstere unter dem Hinweis auf das fortgesetzte Bemühen, die guten und freundlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland durch nichts alteriren zu lassen, betont, daß Deutschland den dringenden Wunsch habe, daß die von den Carlisten besetzten Provinzen nicht länger der Schauplatz einer barbarischen Kriegsführung seien. Deutschland rechne mit Bestimmtheit auf die Mitwirkung Frankreichs zu diesem Zwecke und werde event. weitere diplomatische Schritte thun. Auch habe dasselbe die Absicht, ein kleines Geschwader an die spanische Küste zu senden. Der deutschen Regierung sei es darum zu thun, eine weitere Förderung der carlistischen Sache von der Küste her möglichst zu hindern und liege ihr bei ihren Maßnahmen keineswegs aggressive Auftreten vollständig fern.

Aus Malta meldet die „Times“ vom 5. d. M., das englische Mittelmeergeschwader habe den ausdrücklichen Befehl erhalten, sich nicht in die span. Gewässer zu begeben, dasselbe sei nach Gibraltar abgegangen.

Versailles, 6. August. Die Permanenzkommission beschloß, alle 14 Tage regelmäßig am Donnerstage zu einer Sitzung zusammenzutreten.

Madrid, 6. August. Der Vater von Don Carlos, Don Juan von Bourbon, hat am 28. v. Mts. die spanische Grenze passiert. — Die Journale heftigen sich über neue Grenzverletzungen der Carlisten. Es sind Truppenabtheilungen abgesandt, um den beabsichtigten Angriff von Don Alphonse von Bourbon auf Terner zu verhindern.

Petersburg, 6. August. Der „Regierungsanzeiger“ veröffentlicht eine Verfügung des Ministeriums des Innern, durch welche die Herausgabe der „Moskauer Zeitung“ auf 3 Tage suspendirt wird. Ferner publizirt das amtliche Blatt die Ernennung des Grafen Schuwaloff zum Botschafter in London und die Entlassung des Baron v. Brunnow von diesem Posten. Der Kaiser hat bei dieser Veranlassung sowohl an den abtretenden, wie an den neu ernannten Botschafter ein sehr hübsches Handschreiben gerichtet.

Bukarest, 6. August. Das „Bukarester Journal“ dementirt mit Entschiedenheit alle Gerüchte über angebliche Abmachungen zwischen Rumänien, Serbien und Montenegro, durch die der Friede im Orient bedroht werden könnte.

Brief- und Zeitungsberichte.

A. Berlin, 6. August. Wie man erfährt, ist die dem Kommandeur der nach den spanischen Gewässern abgehenden Kanonenboote zu ertheilende Instruktion zur Zeit noch nicht endgültig festgestellt; jedoch dürfte dieselbe in aller nächster Zeit in die Hände des betreffenden Seeführers gelangen. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die Instruktion im Wesentlichen darauf hinausgehen wird, daß es die Aufgabe der kleinen Flotten-Abtheilung sein wird, das Leben und Eigentum der in Spanien lebenden Deutschen gegen die Gefahren, welche ihnen von Seiten der karlistischen Banden drohen, sicher zu stellen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß auch eine Abperrung der mit Kontschande besetzten Schiffe anders als unter Mitwirkung der übrigen eur. päis. Mächte beabsichtigt wird. — Nachdem durch die Verordnung vom 28. Juni d. J. bestimmt ist, daß von Beginn des nächsten Jahres für den Verkehr bei allen öffentlichen Kassen und für den allgemeinen Verkehr die Reichsmark in's Leben treten soll, sind von Seiten der verschiedenen Minister die entsprechenden Weisungen an die ihnen unterstellten Behörden erlassen. Durch eine neuerdings erlassene Verfügung des Ministers des Innern sind auch die Stadt- und Landgemeinden, die weiteren kommunalen Körperschaften, die Kreis-, Kommunal- und provinzialständischen Verbände und alle unter Staatsaufsicht stehenden sonstigen Korporationen und Stiftungen angewiesen worden, sich von der gedachten Zeit ab der Reichsmarkrechnung zu bedienen. Unter den verschiedenen Zeichen ehrfürchtvoller Anhänglichkeit, welche dem Kaiser auch auf seinen Reisen entgegengebracht zu werden pflegen, verdient die ebenso originelle wie sinnreiche Blumenpende des Gärtners auf der Villa Meran in Gastein, Bieglar, einer anerkennenden Erwähnung. Die Gabe bildet ein im Lichten 3 Spannen langes und 2 1/2 Spannen breites Tableau, in welchem eine Wildbad Gastein darstellende Photographie von getrockneten Alpenblumen umgeben ist. Ein aus feinen Tannenzweigen und Hollundermark in Form einer Kaiserkrone geschmückt und zusammengefügtes Körbchen, freut in den herrlichsten Blumen des Gasteiner Thales und seiner Höhen ein wahres Füllhorn des Schönsten

aus, was nur die Alpenflora darbietet. Um die prächtige große blaue Mannestreu gruppieren sich mit vielem Geschmack an einander gereiht, das Edelweiß, die Trauer- und Alpenrose, die Rose Dalmatiens und Jätiens und alle die übrigen zierlichen Blumen dieser schönen Berge und Thäler. Das Ganze ist von einem Rahmen umschlossen, der aus den Zweigen, Blüten und Früchten dortiger Tannenarten künstlerisch zusammengestellt, den wohlthuenden Eindruck der seltenen Spende noch erhöht. Der Kaiser hat den Geheimen Hofrath Vort beauftragt, dem gschickten Gärtner, der bereits auf der Wiener Weltausstellung durch ein Diplom ausgezeichnet wurde, in einem Schreiben den Allerhöchsten Dank auszudrücken und ein kaiserliches Ehrengeld beizufügen.

— Gleich nach erfolgter Annahme des Zivilhegesetzes durch die drei Faktoren der Gesetzgebung hörte man, daß im Ministerium des Innern die Ausführungsbestimmungen in Angriff genommen seien. Seitdem ist es davon still geworden und bisher nach dieser Richtung ausschließlich ein Erlaß des Ministers des Innern an die Oberpräsidenten erschienen, welcher indessen, wie die „N. Z.“ bemerkt, in seiner allgemeinen Haltung nicht ausreichen kann, um dem vorhandenen Bedürfnis zu entsprechen und schon um deshalb Ergänzungen erheischt, weil es unthunlich erscheint, den einzelnen Provinzialbehörden die Ausführung des Gesetzes zu überlassen und damit eine provinzielle Verschiedenheit einzuführen, wo man allgemeine Bestimmungen anstreben wollte und mußte. Ferner erwartet man eine Zusammenstellung der Gesetze über die Ehehindernisse in den verschiedenen Landesstellen zum Gebrauch für Standesbeamten. Es bestehen in den verschiedenen Provinzen durchaus von einander abweichende Bestimmungen über die Ehehindernisse; in Hannover und Nassau z. B. ist das Exerecht konfessionell geordnet; für katholische Ehen unter bestimmten Verwandtschaftsgraden bedarf es des päpstlichen Dispenses, der für die Zivilhege doch wohl schwerlich erteilt werden möchte, kurz es können die größten Verwicklungen aus Schwierigkeiten entstehen; ob eine derartige Kodifizierung im Justizministerium ausgearbeitet wird, ist nicht bekannt geworden. Dagegen verlautet mit Bestimmtheit, daß bei dem Erlaß eines Zivilhegesetzes für das Reich von vornherein darauf Bedacht genommen werden soll, derartige Schwierigkeiten zu beseitigen. Bei den Beratungen über den Völk-Hinschlussschen Zivilhege-Entwurf im Bundesrathe war, wie nachträglich bekannt geworden, namentlich von den bairischen Kommissaren eine Kodifizierung des materiellen Eherechts in Deutschland als Vorbedingung für das Zivilhegesetz bezeichnet worden. — Bekanntlich werden für die nächste Landtagssession Entwürfe über die Verwaltung des Kirchenvermögens und die Verwaltung des Vermögens der katholischen Kirchengemeinden durch gewählte Gemeinde-Vorsteher erwartet. Die Vorarbeiten hierzu sind jetzt abgeschlossen. Eine gesetzliche Regelung des geistlichen Ordenswesens wird nach neueren Dispositionen auf dem Wege der Reichsgesetzgebung erfolgen, die hierzu erforderlichen Vorarbeiten sind bereits im Gange. Hauptächlich wird es sich bezüglich des Materials um Preußen handeln und demnachst um Bayern; die Orden und Kongregationen in den übrigen Bundesstaaten sind sehr vereinzelt und kommen deshalb weniger in Betracht. Im Kultusministerium ist man andauernd mit dem Unterrichtsgesetz beschäftigt. Das Verweilen des Ministers Dr. Falk bis in den Hochsommer in Berlin hängt wesentlich damit zusammen. — Der provisorische Zustand des landwirtschaftlichen Ministeriums, den man ursprünglich von so kurzer Dauer wähnte, scheint vorläufig nicht verändert werden zu sollen; von einer Wiederbesetzung des vakanten Ministerpostens ist mit keiner Silbe die Rede. In dem gedachten Ressort ist übrigens ein wichtiger Entwurf für den nächsten Landtag fertig gestellt worden; er betrifft eine Kodifizierung des Wasserrechts, die Bestimmungen über Bewässerung und Entwässerung von Grundstücken zu Landeskulturzwecken zc. Es ist ein Organisationsgesetz von um so größerer Tragweite, als in den älteren und neueren Landesstellen darüber sehr abweichende Bestimmungen vorhanden sind.

— Die mitgetheilte Entscheidung des Obertribunals, wonach der Kaiser als die höchste verfassungsmäßige Reichs- und Staatsbehörde im Sinne des Gesetzes betrachtet werden müsse, steht, der „Bör. Ztg.“ zufolge, in juristischen Kreisen auf lebhaften Widerspruch, ja man sieht nicht an, dieses Resolut des höchsten Gerichtshofes einen Rechtsirrtum zu nennen. Die genannte Zeitung meldet:

Im Sinne des Gesetzes, den Kaiser, weil er der gesetzliche Träger der höchsten Gewalt und als solcher mit der ausgedehntesten Befugnis ausgestattet sei, allein die höchste Reichs- und Staatsbehörde zu heißen, geht, wie man einwendet, um deswillen nicht an, weil der Kaiser und König nach der Verfassung unerblich ist. Er nimmt als Herr des Reiches und des Königreichs Preußen in streng monarchischem Sinne eine verfassungsmäßige ihm zugeprochene Ausnahmestellung für seine Person ein, und diese mit den Rechten der Krone verbundene rechtliche Singularität vertritt sich nicht mit der Annahme, er solle als Behörde gedacht werden müssen, die doch ihren Charakter einbüßt, wenn sie nicht als eine verantwortliche Instanz erscheinen will, die der Kaiser und König für seine Person nicht ist. Die Verantwortlichkeit für das Monarchen Thun und Lassen übernimmt das kaiserlich-königliche Ordres kontrastirende Staatsministerium, aus keinem andern Zweck, als um die Majestät gegen jeden Angriff, ja gegen jede Kritik sicher zu stellen. Der Kaiser für sich ist ausschließlich anzusehen als die leitende erste Persönlichkeit im Reich, deren Rechte, weit ausgedehnt, ihre Normierung und zugleich ihre Beschränkung in der Verfassung finden. Ist es schon sprachlich gewagt, eine einzelne Person eine Behörde zu nennen, so fehlen aber, was wichtiger ist, der Majestät der Krone gerade diejenigen Attribute, welche ihr die Qualität einer Behörde verleihen würden. Der Kaiser steht über allen Behörden, und schon darum ist er nicht zugleich selbst Behörde. Er entzieht sich als Träger der Krone der parlamentarischen Diskussion, weil er selbst für Nichts verantwortlich gemacht werden kann, und er nimmt, außerhalb und über jeder Behörde im Staate stehend, eine streng singuläre Stellung ein, die so lange unverändert bleibt, als die Verfassung eine Aenderung nicht erfährt.

Köln, 4. August. Heute Morgens 10 Uhr begab sich eine Deputation kölnischer Bürger zu dem Oberbürgermeister unserer Stadt, um demselben einen mit Tausenden von Unterschriften bedeckten Protest gegen den Stadtrathsbeschluss vom 1. Mai d. J. betr. die Verweigerung des Gürzenichsaales zur Abhaltung einer Zentrumspartheisammlung persönlich zu überreichen. Der letztere Weg war mit Rücksicht auf die Erfahrungen gewählt worden, welche eine andere Partei in gleicher Angelegenheit mit dem Postwege gemacht hatte. Nachdem der Inhalt des Protestes zur Kenntniss des Oberbürgermeisters gebracht worden war, weigerte sich dieser ausdrücklich, sowohl das Schriftstück selbst entgegenzunehmen, als auch dasselbe zur Kenntniss des Stadtverordneten-Kollegiums zu bringen. Einer etwaigen Uebersendung per Po., so erklärte der Oberbürgermeister, werde er gleichfalls die Annahme verweigern. Mit Rücksicht auf die dem Ablaufe nahe Amtsperiode des ersten städtischen Beamten kann auf eine Charakterisierung dieses Verhaltens gegenüber den Beschwerden der übernehmenden Mehrheit unserer Bürgerschaft füglich verzichtet werden; vor den nächsten Stadtrathswahlen wird sich Gelegenheit finden, auf den Protest und seine Veranlassung zurückzukommen. So schreibt die „N. Z.“. Anderweit wird mitgetheilt, daß Herr Oberbürgermeister Bachem bereits früher seinen Antrag auf Pensionierung eingereicht hat. Das Mißfallen der „N. Z.“ wird also Herrn Bachem ziemlich gleichgültig lassen.

Aus Spanien. Die Regierung hat Erläuterungen zu ihrem letzten Aushebungsdekret erlassen, aus denen die Bestimmungen bezüglich der Verheiratheten hervorgehoben zu werden verdienen. Die Verheiratheten sind nämlich von der Einberufung in die Reserve innerhalb der festgestellten Altersklassen befreit, als verheirathet sollen aber, abgesehen von denen, die sich schon vor dem Inkrafttreten des Zivilhegesetzes verheirathet haben, nur diejenigen gelten, welche sich dem Gesetze gemäß der bürgerlichen Trauung unterzogen haben. Wie in Italien, haben auch in Spanien viele Paare das Zivilhegegesetz unbeachtet gelassen und ihre Ehe hat daher keine rechtliche Gültigkeit. Im gegenwärtigen Falle wird eine große Anzahl derselben für ihre Pflichtversummung hart genug bestraft. Für unmöglich wird es freilich nicht zu halten sein, daß den Betreffenden Gnade vor Recht ergeht und ihnen erlaubt wird, die bürgerl. Trauung nachzuholen; fraglich aber ist es vorläufig doch noch, ob die Regierung diese Nachsicht übt. — Aus Madrid wird gemeldet, daß Briefe vom catalonischen Kriegsschauplatz die Hinrichtung republikanischer Kriegsgefangenen durch die Carlisten bestätigen. Die Gefangenen wurden vor ihrer Erschießung mit drei Priestern in eine Kirche eingeschlossen, und als ein Offizier einen der Priester wegen seines Verhaltens tadelte, antwortete der letztere mit einem Boyonnettschlag. Kurz darauf wurden 200 Gefangene, darunter 85 Karabiniere (Grenzsoldaten) und 12 Offiziere erschossen. Die Regierung hat die Veröffentlichung dieser Nachrichten verboten, um das gereizte Volk nicht noch mehr aufzuregen. Nach Meldungen aus Barcelona vom 1. d. sind republikanische Kolonnen nach Dlot abgegangen, um dem dort von den Carlisten belagerten Brigadier Erlot Hilfe zu bringen. Zwei Angriffe der Belagerer waren abgeschlagen worden. — Die Regierung hat alle pensionirten Offiziere einberufen, um ihnen die Kommandos in der außerordentlichen Reserve zu übertragen.

Einige Mitglieder des spanischen Ministerraths, denen wahrscheinlich die herrschende Verwirrung noch nicht groß genug war, scheinen in letzter Zeit der Einberufung der Cortes das Wort geredet zu haben, denn ein Telegramm meldet, daß die hervorragenden Mitglieder des Kabinetts sich diesem unter den obwaltenden Umständen schwer zu rechtfertigenden Vorhaben mit Erfolg widerlegt haben. Die portugiesische Regierung beobachtet gegen die Republik eine sehr freundschaftliche Haltung. Sie hat ihr jüngst 47 Deserteure ausgeliefert, welche sich der Aushebung zur außerordentlichen Reserve entziehen wollten. — Die französische Presse wird von Madrid aus mit Telegrammen bedient, welche dazu geeignet sind, gegen die Republikaner einzunehmen. So wird dem „Temps“ telegraphirt, eine vornehme, karlistisch gefärbte madridische Dame sei in dem Moment, wo sie nach Frankreich abreisen wollte, vom Publikum in gefährlicher Weise insultirt worden, und ihr Mann habe lebensgefährliche Verletzungen erhalten. Es sind das wohl verfehlte Versuche, Pendants zu den karlistischen Grausamkeiten aufzufinden.

Das englische Mittelmeergeschwader, welches am Dienstag von Malta nach Barcelona abgegangen ist, steht unter dem Befehl des Vize-Admirals Drummond. Wie der „Times“ gemeldet wird, hat sich in Folge der Vorstellungen der italienischen Konfulin auch die italienische Regierung jetzt entschlossen, vorläufig ein Kriegsschiff zur Beschützung ihrer Unterthanen an die kantabrische Küste zu schicken.

Vom Kriegsschauplatz erfährt man, daß eine republikanische Kolonne unter dem Brigadier Caguas, ohne Widerstand zu finden, in Dlot eingezogen ist. Hundertfünf Carlisten sollen sich bei dieser Gelegenheit ergeben und um Amnestie gebeten haben. Der Rest sei geflohen und werde energisch verfolgt. Es geht aus dem Telegramm der „Times“, dem wir dies entnehmen, nicht deutlich hervor, ob sich letzteres auf die Dlot einschließenden Carlisten bezieht. Ist dies der Fall, so wäre Dlot vorläufig entsetzt. Bei Santa Pau fand am Montag ein Treffen statt; das Resultat ist unbekannt.

London, 4. August. Unter lauten Beifallrufen, welcher die dritte Lesung begleitete, entledigte sich das Unterhaus gestern Abend der kirchlichen Vorlage, die der Erzbischof von Canterbury, nachträglich von der Regierung unterstützt, dem Parlament als eine der Hauptarbeiten der diesjährigen Session zugeführt hat. Die Public Worship Regulation Bill, oder Gesetzentwurf zur Regelung des öffentlichen Gottesdienstes, wird nun also ins Oberhaus zurückwandern, dort vielleicht einiger Zuluthen entkleidet werden, welche die Herren vom Hause der Gemeinen ihr angehängt haben, schließlich aber jedenfalls von beiden parlamentarischen Faktoren der Gesetzgebung angenommen werden. Gestern Abend hielt Herr Gladstone, welcher den

ihm zugeschriebenen Auszug nach Schottland also noch nicht angetreten hat, es für seine Pflicht, der Vorlage an Thoreschlag noch ein Bein zu stellen. Er protestirte dagegen, daß das Unterhaus in eine Art kirchlichen Senats umgewandelt werde. Er sollte zuvor dagegen protestiren, daß es eine Staatskirche in England giebt. Der Ex-Premier fühlte sich indeß, daß war aus dem Tone seiner Rede zu bemerken, recht isolirt in seiner Umgebung; weder von konservativer, noch von liberaler Seite ward ihm eine andere Ermunterung zu Theil, als hin und wieder ein schwaches Zeichen des Beifalls, welches sich als ein Anstands tribut charakterisirte, den man dem Redner wegen seiner hervorragenden Stellung nicht vorenthalten wollte. Seine eigentümlichen Parteiorgane widerlegen ihn heute. „Daily News“ giebt ihm zu bedenken, daß kein neues Gesetz gegeben, daß nur für die Maschinerie gesorgt wird, um das bestehende Gesetz in Wirksamkeit setzen zu können, und fährt alsdann fort: „Wir begreifen nicht, wie das Unterhaus sich zu einer Art von geistlichem Senate“ gestalten soll, weil es die nöthigen Vorkehrungen schafft, wodurch die Gesetze, welche die Praxis der Staatskirche regeln, in Ausübung gebracht werden sollen. Es ist uns wenigstens eben so schwer einzusehen, wie es in einen geistlichen Senat vermandelt wird, als daß es zu einem militärischen Senate würde, weil es die Meuterei-Akte annimmt, oder zu einem indischen Senate, als es gestern Abend den Verhandlungen über die indischen Finanzen zuhörte. Natürlich wird der Gedanke aufgetaucht, dem wir schon oft Ausdruck gegeben haben und den gestern Abend Herr Knatchbull-Hugessen mit etwas überflüssiger Feiherlichkeit in der Form einer Prophezeiung brachte, nämlich daß die Annahme dieser Maßregel Leute zu der Frage anregen könnte, ob es das beste System sei, die Legation zu berufen, irgend eine Folge von geistlichem Zeremoniell festzustellen. Es ist aber eine Sache, zu behaupten, daß wir gar keine Staatskirche haben sollten, und eine andere Sache, zu behaupten, daß, obgleich wir eine Staatskirche haben, wir derselben die Freiheit einer unabhängigen Seite gewähren müßten. Wir verstehen nicht, was man irgend für eine Staatskirche vorbringen könnte, welche frei wäre von jeder Kontrolle seitens des Staates. Es ist möglich, daß die neue Gesetzgebung gegen den Ritualismus unwirksam sein wird; wir haben gewiß niemals ein großes Vertrauen geäußert, daß sie Erfolg haben werde. Wenn die Bewegung aus irgend einer tiefen und leidenschaftlichen Ueberzeugung hervorgeht, so braucht man uns nicht zu sagen, daß sie trotz des (für das neu geschaffene Nichteramt ernannten) Lord Penzance und trotz der Erzbischöfe ihren Fortgang haben wird. Aber selbst diese Theorie von der Natur des Ritualismus, welche gewiß noch nicht als die richtige feststeht, würde nicht sicher begründen, daß der Staat und die Kirche im Unrecht wären, wenn sie ihr Bestes thun, um denselben los zu werden. „Es war mein Schicksal, Unrecht zu thun“, sagte der Sklave in der alten Anekdote zu Zeno, und der Philosoph erwiederte: „Und eben so dein Schicksal, jedes Mal bestraft zu werden, wenn du Unrecht thust.“ Vielleicht fühlte der Ritualismus, daß es sein Schicksal ist, fort zu arbeiten, aber wir können den Staat und die Kirche nicht tadeln, wenn sie glauben, daß es ihr Schicksal sei, zu versuchen, ihn daran zu hindern. Es läßt sich Vieles sagen gegen die Maßregel, die gestern Abend im Unterhause zur dritten Lesung kam, aber Niemand hat gestern Abend oder zu anderer Zeit bewiesen oder nur klar gemacht, daß dieselbe mit den Prinzipien eines Staatskirchensystems unvereinbar oder nicht hervorgerufen sei durch die Uebelstände, gegen welche sie gerichtet ist.“

Das Kanalgewässer ist gestern von Clyde nach Lough Swilly geflohen, wo es drei Tage bleiben wird. Seine fernere Kreuzungsfahrt ist durch die Punkte Stormoway, Inverness, Aberdeen, Sunderland und Portsmouth angedeutet. In letzterem Hafen soll es am 14. September einlaufen.

Der „Manchester Guardian“ erhält eine sonderbare Mittheilung aus Paris. Drei von den carlistischen Offizieren, welche für die Erschließung des Hauptmanns Schmidt verantwortlich seien, sollen nach dieser That nach Pau geflohen, dort verhaftet, an die belgische Grenze gebracht und aus Frankreich verwiesen, dann wiederum von den belgischen Behörden ausgewiesen, nach Paris zurückgeführt, da endlich an der Nordbahnstation am Freitag verhaftet worden und jetzt im Gefängnis seien. Es seien dies Leopold Gallati, 22 Jahre alt, Pontis, 19 Jahre alt, und Pascale Jarque, 42 Jahre alt. Die Geschichte klingt abenteuerlich; schon der Anfang — die Flucht nach Pau, vollständig unmotiviert, da der Erschießungsbefehl ja von Dorregaray gegeben worden ist und jene Offiziere also schon durch diesen gedeckt wären — läßt die zweifelhafte Natur der Erzählung erkennen.

Petersburg. In Rußland steht demnächst die Einführung einer prinzipiell vielbedeutenden Reform bevor. Die bürgerlichen Rechte der Kosaken, die nach vielen Millionen unter der Bevölkerung Rußlands zählen und bisher vor dem Gesetze völlig recht und schußlos waren, sollen nun anerkannt werden. Das diesbezügliche Gesetz, welches in dem Wege der gewöhnlichen Legislative herausgegeben werden soll, wurde im Staatsrathe mit Stimmenmehrheit der kaiserlichen Sanction empfohlen und soll dieselbe auch schon erhalten haben. Doch soll dieser neueste Beweis des milden Sinnes des Kaisers Alexander auch diesmal noch nicht etwas Ganzes sein, ein Gesetz, das alle den Kosaken als russischen Staatsbürgern gebührenden Rechte diesen garantiren würde. Vorläufig werden nur einige ihrer Privilegien bei dem Gottesdienste Gesetzkraft erhalten, und es wird für sie eine Art von Zivil-Gesetz eingeführt. Dies gilt jedoch nur für die im Kosak Geborenen; wer jedoch aus der orthodoxen Staatskirche übertreten würde, verfällt nach wie vor dem Arme des Strafgerichtes, das für dieses Verbrechen die Deportation nach Sibirien bestimmt.

Rio de Janeiro, 7. Juli. Wie den Bischof von Olinda, so hat nun auch den Bischof von Para, D. Antonio da Costa die Hand des Gesetzes erfaßt. Der oberste Gerichtshof verurtheilte ihn am 1. d. zu 4 Jahren Zuchthaus wegen Verletzung des § 96 der Verfassung. Da der Bischof die Kompetenz der bürgerlichen Gerichte bestreitet, so vertheidigte er sich nicht — er machte es also, wie sein Amt und Schicksalsgenosse von Olinda, der die höchst bescheidene Antwort gab: „Jesus autem tacebat“ —; doch hielten für ihn der Senator Zacarias de Goez e Vasconcellos und der Abgeordnete Terreira Vianna überflüssige Reden an den Gerichtshof. Ehe das Urtheil gefällt worden, hatte übrigens der (jetzt abberufene) päpstliche Internuntius Sangianni einen Protest gegen die Verhaftung und Aburtheilung der Bischöfe eingebracht, worauf ihn von dem Minister des Auswärtigen, Visconde de Caraballa, folgende Antwort zu Theil wurde:

„In Ihrer Note behandeln Sie die Verurtheilung des sehr hochwürdigen Bischofs von Olinda, beziehen sich auf den neuerdings eingeleiteten Prozeß gegen den Bischof von Para und schließen, nach-

dem Sie erklärt, daß das bürgerliche Gericht inkompetent sei, mit einem Protest gegen jede in dieser Angelegenheit, zumal zum Schaden der kirchlichen Immunität vorgekommene Verletzung der Rechte und Gesetze der Kirche. Die im Proteste selbst gebrauchten Worte deuten an, was die Antwort der kaiserlichen Regierung sein kann und muß. Ich gebe sie in wenigen Worten, nicht weil es der Regierung schwer wäre, zu beweisen, was Sie verneinen, sondern weil ich mich darüber in keine Erörterung einlassen kann, was nur von dem, der dazu berechtigt ist, erörtert werden darf. Das Gericht, welches über den hochwürdigen Bischof von Olinda abgeurtheilt hat und über den von Para aburtheilen wird, ist der höchste Gerichtshof des Kaiserreichs, der kompetent ist kraft unserer Gesetze; und die Kompetenz hängt nicht von dem Gutachten irgend einer fremden Autorität ab, welche sie auch sei. Der Protest des Herrn Internuntius — erlauben Em. Exzellenz, daß ich es sage — ist deshalb unaussprechlich impertinente, mit den bekannten Nebenbedeutungen dieses Wortes und nichtig, und als solcher kann er durchaus keine Wirkung erzielen. Ich habe die Ehre, Em. Exzellenz, Monsignor Dom Sangianni, die Versicherung meiner Hochachtung zu wiederholen. Visconde de Caraballa.“

Der Senat war mit der zweiten Lesung des vom Abgeordnetenhaus angenommenen Anhebungsgesetzes beschäftigt; die Abgeordneten hatten den von der Regierung vorgelegten Entwurf eines Wahlreformgesetzes zwar in Angriff genommen, aber trotz vielfacher Wortvergehung noch keinen wirklichen Fortschritt in der Beratung gemacht. — Die Streitfrage mit der argentinischen Republik geht ihrer Lösung entgegen, da die Regierung in Buenos Aires den neuesten brasilianischen Vorschlag über die Grenze von Paraguay angenommen hatte. Ein unangenehmer Zwischenfall, der ohne die weise Haltung der brasilianischen Regierung zu schlimmen Folgen hätte führen können, ereignete sich vor Alvar, einem Dorfe am argentinischen Ufer des Uruguay. Die Behörde desselben weigerte sich, dem Kapitän des Kriegsschiffes Lamego zwei Leute auszuliefern, die angeblich einen Schiffszug mißhandelt hatten. Der Kapitän — Prondacki ist sein Name — bombardirte darauf den Ort, wurde dafür aber von der Regierung sofort abberufen, seines Kommandos enthoben und ist schon als Verhafteter hier angekommen. Alle erforderliche Genehmigung für das völkerrechtswidrige Verfahren des Kapitäns wird dem Nachbarstaate geleistet werden. — Beklagenswerthe Vorfälle sind in der Nähe der deutschen Kolonie S. Leopoldo, in der Provinz Rio Grande do Sul, vorgekommen. Schon vor einigen Jahren hat sich dort ein „Prophet“ Namens Maurer aufgetan und trotz seines ganz verrückten Auftretens und Lehrens eine Sekte zu stiften gewußt. Eine Familie, die derselben beigetreten war, ist nun von ihm abgefallen, dafür aber von ihm und seinen fanatischen Anhängern ermordet worden. Eine Abtheilung Truppen und Soldaten wurde ausgesandt, um die Mörder zu verhaften. Maurer aber befestigte sich mit einer auf mehrere Hundert Köpfe geschätzten Schaar seiner Gläubigen in einem nur auf schwierigen Waldwegen zugänglichen Platze, meißelte dem Vernehmen nach noch 13 andere Familien nieder, die sich von ihm lossagen wollten, und zwang die Soldaten, mit einem Verlust von 5 Todten und 35 Verwundeten die Flucht zu ergreifen. Der Präsident der Provinz hat nunmehr eine stärkere Truppenmacht zusammengezogen und eine Abtheilung der Nationalgarde aufgeboden; und nach den letzten Berichten wurde der Zufluchtsort der Fanatiker bombardirt, um alsdann erstickt zu werden.

Sokales und Provinzielles.

Göfen, 7. August

Die Nummer 176 des „Kurzer Pöznanski“ (vom Mittwoh) ist wegen des Zeitartikels unter der Ueberschrift: Was ist zu thun? auf Beschluß des hiesigen I. Kreisgerichts mit Beschlag belegt worden. In jenem Artikel wird der königlichen Staatsregierung die Absicht untergelegt, daß sie die gänzliche Ausrottung der polnischen Nationalität und die Zerstörung der Organisation der katholischen Kirche durch die Maßregeln herbeiführen wolle.

Dieser Tage wurde bei dem früheren Offizial, Domherrn Dör, 120 Stk in Gnesen eine Haus suchung abgehalten. Ueber die Veranlassung zu derselben wird der „N. A. B.“ aus Gnesen, 5. August folgendes geschrieben:

Nachdem der Domherr Korytkowski am 24. v. M. von hier ausgemittelt ist, erging zur Einsichtung der staatlichen Behörden an die Pfarrgeistlichkeit der Erzbischöflichen Gnesen, wie a. genommen werden muß, die Instruktion, den polnischen Verfehr mit den geistlichen Oberen durch die vermittelnde Hand eines hier wohnenden Laien geben zu lassen. Es ist der hiesigen Staatsanwaltschaft gelungen, den Namen des Legierten zu ermitteln und Maßregeln zu treffen, den weiteren Mißbrauch seiner Adresse unmöglich zu machen. Da der erwähnte Laie die Posteingänge an die Röhle des früheren hiesigen erzbischöflichen General-Konvikts abgeben hat, so wurde von der hiesigen Staatsanwaltschaft die Vornahme einer Haus suchung bei dem früheren Offizial, Metropolitan-Kanonikus Dorjenski angeordnet und mit deren Abhaltung der Distrikts-Kommissarius Wendland beauftragt. Ueber das Ergebnis der Haus suchung kann vorerst natürlich nichts in die Öffentlichkeit dringen und werden deshalb alle Mittheilungen der klerikalen Presse mit großer Vorsicht aufzunehmen sein.

r. M. hiesigen I. Mariengymnasiums wird auf Grund der bereits früher erwähnten Ministerialverfügung auch in den unteren Klassen seit Beginn des Unterrichts nach den Sommerferien die deutsche Unterrichtssprache angewendet. In den unteren Klassen des Gymnasiums zu Ostrowo, in denen bisher gleichfalls noch die polnische Unterrichtssprache zur Anwendung kam, wird die deutsche Unterrichtssprache erst zu Michaeli d. J. eingeführt werden.

Die Jagd auf der Feldmark Jorjoe ist heute im Liktations-Termin auf 6 Jahre für den hohen Pachtpreis von 161 Thlr. jährlich durch den hiesigen Klempnermeister T. a. u. b. erstanden worden.

r. Die Temperatur ist durch den starken Sommerregen, welcher sich gestern Nachmittags zwischen 5—6 Uhr über unsere Stadt ergoß, erheblich erniedrigt worden, so daß heute Morgens das Thermometer nur noch 11° R. anzeigte.

Diebstähle. Einer Butterhändlerin wurde heute früh auf dem Alten Markt ein Garnirter Butter im Werthe von 3 Thlr. gestohlen. Die Diebin wurde ergriffen, die gestohlene Butter ihr abgenommen und sie selbst ins Polizeigewahrsam gebracht. — Durch einen lässlichen Arbeiter wurden, während er in Begleitung eines anderen Mannes sich in einem Kleiderladen am Alten Markt Kleider vorlegen ließ, heimlich ein Paar Hosen entwendet. Der Diebstahl wurde erst nach Fortgang der beiden Leute, welche, ohne zu laufen, weggegangen waren, entdeckt; doch wurde später der lässliche Arbeiter, als er über den Alten Markt ging, von dem Kleiderhändler bemerkt und auf Veranlassung desselben von einem Schutzmännchen verhaftet. — Ein Frauenzimmer von hier, welches am 5. d. M. aus dem Gefängnis entlassen wurde, hat von einer Frau, bei welcher eine Mitgefängene früher gewohnt hatte, unter dem Vorgeben, von dieser Frau beauftragt zu sein, mehrere Kleidungsstücke und 15 Sar. abgeholt und dieselben unterschlagen. — Aus verschlossener Stube in der Al. Ritterstraße wurden einem Offizier durch Anwendung eines Nachschlüssels ein grauer Sommeranzug und andere Kleidungsstücke gestohlen.

r. Interessante Ruinen aus altheidnischen Zeiten befinden sich zu Lennagora (Kr. Gnesen) auf einer Insel im dortigen See. Der

Besitzer von Lennagora, Graf Wensierski, hat in den letzten Jahren diese Ruinen sowie das Erdreich in der Nähe derselben genau untersucht und befindet sich gegenwärtig alle dort gefundenen Urnen, Schmuckstücke, sowie zahlreiche römische Münzen aus den Zeiten des Marcus Aurelius, Diokletian etc. im Schlosse des Grafen zu Jatzewo. Neulich wurden die Ruinen sowie die Sammlung in Jatzewo von mehreren polnischen Archäologen aus Posen und Ostrowo besichtigt, und ging die Ansicht derselben dahin, daß die Ruinen ursprünglich aus altheidnischen Zeiten stammen und in früheren Zeiten einen heidnischen Tempel gebildet haben, der dann später in eine christliche Kirche umgewandelt wurde.

E. Bromberg, 5. August. [Zum Flößereibetrieb auf der Brache.] Im Frühjahr d. J. erließ die k. Regierung hieselbst für den Verkehr auf der Weichsel und auf der unteren Brache unter Aufhebung früherer Bestimmungen eine neue Polizei-Verordnung. Dieselbe enthielt einige recht harte Bestimmungen, die sich, nachdem jene Verordnung in Kraft getreten ist, als zu streng und nicht durchführbar erwiesen haben. Als Beleg hierfür möge folgendes dienen: Der Holztransport eines hiesigen Holzspeiteurs traf nach der erfolgten Anmeldung nicht rechtzeitig vor der Schluß hieselbst zum Durchschleusen ein. Das verspätete Eintreffen wurde dadurch herbeigeführt, daß der betreffende Transportführer von dem erst neu installirten Treiberbeamten, welchen er nicht finden konnte, den Passirschein nicht rechtzeitig erhalten konnte. Der Holzspeiteur fiel aber deswegen als das erste Opfer der neuen Polizei-Verordnung, indem ihm die Berechtigung der Tour für diesen Transport entzogen und mit demselben zurück in die Weichsel geschickt wurde. Kurze Zeit hierauf erging es sich, daß ein anderer Holzspeiteur einen Holztransport durchschleusen ließ. Der Passirschein für diesen Transport lautete auf 70 Tafeln, während in den Kanal 120 Tafeln eingeschleust wurden. Anscheinend lag hier offenbar eine sogenannte Schmuggelerei vor und es erging, und zwar mit Recht, die Zurückweisung des ganzen Transportes. Der Zurückweisungsbefehl wurde jedoch bald wieder zurückgenommen, da das Durchschleusen der ganzen Holzmenge, da, so hieß es, hier das Versehen eines Beamten vorläge. — Wieder einem anderen Holzspeiteur passirte das Malheur, welches den ersten Speiteur betroffen. Sein zum Durchschleusen bestimmter Holztransport traf ebenfalls nicht rechtzeitig vor der hierzu bestimmten Schluß ein, so daß dem Kanal für eine kurze Zeit Holz fehlte. Auch hier erfolgte in Gemäßheit des § 16 der oben genannten Bestimmungen Zurückweisung des ganzen Holztransportes, wie in dem Falle ad 1, aber bald darauf die Gegenordre zum Durchschleusen, weil sämtliche hiesige Holzspeiteure erklärt hatten, diesem Holztransporte nicht vorbeizuschleusen und in allen ähnlichen Fällen ganz ebenso zu handeln, da jeder von ihnen in eine gleiche Lage (sich zu verspäten) kommen könne. — Inzwischen wartet der zuerst bezeichnete Holzspeiteur noch immer auf die Ertheilung einer neuen Tournummer und auf die Erlaubnis nun auch endlich mit dem vor 8 Wochen ca. zurückgewiesenen Holztransporte durchschleusen zu dürfen. Der Schaden aber, der ihm durch die Zurückweisung seines Holztransportes zugefügt worden ist, beläuft sich bis jetzt schon auf einige Hundert Thaler und vergrößert sich natürlich je länger diese Zurückweisung dauert. Ich habe ganz einfache Fakta mitgeteilt, ob dieselben auf den Flößereibetrieb auf der Brache ein besonderes gutes Licht werfen, muß ich dahin gestellt sein lassen.

Fleisch, 5. August. Einem Bericht der „Germania“ von hier entnehmen wir folgendes: In hiesiger Gegend war eine außerordentliche Dürre, es hatte schon sehr lange nicht geregnet. Das gläubige Volk pflegt sich in solchen Zeiten zu Gott zu wenden, um diese Naturkatastrophe abzuwenden. Und so geschah es, daß am 27. v. M. eine Prozession aus der Gemeinde Dragitz zur Pfarrkirche in Filschbach zog, um ihre Gebete um Regen mit den Gebeten der Geistlichen zu vereinigen. Vor der Stadt hielten sie nach einem dreißigminütigen Gehen an und warteten auf den hiesigen Vikar, welcher sie bei solcher Gelegenheit abholen pflegte. Unter Gesang kamen sie in die Kirche. Nach der Andacht schickte sie sich an, in Prozession nach Hause zu gehen. Das Gefühl aber dem hiesigen Bürgermeister Zigner nicht. Er schickte also an den Vikar einen Brief, in welchem er die Prozession verbot; als Grund gab er an, die Prozession sei vorher nicht auf der Polizei angemeldet worden. Der Vikar glaubte im Recht zu sein und begleitete die Prozession bis zur Stadt hinaus. Auf der Straße trat ein Gensdarm und ein Polizeidiener an denselben heran und forberte ihn auf, er solle die Fahnen wegnehmen und den Gesang aufhören lassen. Widrigensfalls sie zur Gewalt schreiten würden. Der Vikar erwiderte darauf: Thun Sie, was Sie nicht lassen können; ich thue meine Pflicht, erfüllen Sie die Ihrige! Nun entfernten sie sich und ließen die Prozession ruhig gehen. Der Vikar wurde aber sofort bei der Staatsanwaltschaft gemeldet; für die ersten Tage des Oktobers soll ihm Termin angesetzt sein. Er reichte sofort folgende Beschwerde an den Landrath ein, die bis jetzt noch nicht beantwortet worden ist:

Hochwohlgeborner Herr Landrath!

Seit Menschengedenken ist es hier fromme Sitte, die wohl Jeder, der noch etwas christliches Gefühl besitzt, anerkennen wird, daß in Zeiten von Naturkatastrophen, wie die gegenwärtige Dürre, Jeher und namentlich der Landwirth sich zum Gebet alles Guten, zu Gott um Abwendung der Noth wendet.

Auch gestern, den 27. d., hatten sich einige Personen aus der Gemeinde Dragitz in der hiesigen katholischen Kirche versammelt, um ihre gemeinsamen Bitten zu Gott um Erlebung des so sehr nöthigen Regens zu erheben. Nachdem Unterzeichneter diese Andacht abgehalten, begleitete er die aus circa 20 bis 30 Menschen bestehende Gesellschaft bis zur Stadt hinaus, als mitten auf der Straße ein Gensdarm und ein Polizeidiener im Auftrage des Bürgermeisters Zigner das Weitergehen zu verhindern versuchten. Schon als sich der aufgang in Bewegung gesetzt hatte, erhielt der Unterzeichnete ein Schreiben vom Bürgermeister, daß, da diese Prozession polizeilich nicht angemeldet worden, er dieselbe polizeilich verhindern werde. Es sind diese Bittgänge, was durch Beweinung der ärmsten Bewohner erhärtet werden kann, seit undenklichen Zeiten üblich und fallen dieselben nicht unter die gesetzlichen Bestimmungen über öffentliche Aufzüge. Wenn dieselben der Bürgermeister inhibiren will, so trifft ihn der Vorwurf einer Nachlässigkeit im Amte, daß er dieselben Maßregeln nicht schon in früheren Zeiten getroffen hat. Ein solches Vorgehen kann jedoch allerdings nicht zur Beruhigung des bereits sehr aufgeregten Volkes beitragen. Dieser Gang ist mit der größten Ruhe vor sich gegangen, und kann wegen der geringen Anzahl von Personen von einer Kommunikationsstörung nicht einmal die Rede sein. Ein königliches Landrathsamt erlaube ich daher ganz ergebenst, um möglichen Excessen vorzubeugen, die geeigneten Vorkehrungen gegen ferneres derartiges Vorgehen der hiesigen Polizeiverwaltung Hochachtungsvoll treffen zu wollen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

ganz ergebenster

N. Vicar.

Man ist allgemein neugierig, wie sich die hiesige Polizei am 15. d. bei der großen Prozession am Feste des h. Laurentius, welche alljährlich seit undenklichen Zeiten zu einer außerhalb der Stadt liegenden Laurentiuskapelle stattfindet, verhalten wird. Dieselbe ist bisher noch niemals polizeilich angemeldet worden. — Jetzt ist fast ein Jahr vergangen, seitdem die hiesigen Kirchenblätter mit Befehl a. beauftragt worden sind, der vom Vikar dagegen erhobene Einspruch an weder vom Oberpräsidenten, noch vom Kultusminister einer Antwort gewürdigt worden.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Das von uns in der heutigen Morgennummer empfohlene Journal „Akademie der Wissenschaften“ erscheint in Berlin, nicht, wie gedruckt wurde, hier.

Staats- und Volkswirtschaft.

**** Preussische Hypotheken-Aktienbank zu Berlin (Spielhagen).** Heute geht aus der Geschäfts-Bericht für das 1. Semester 1874 zu, aus welchem wir entnehmen, daß im 1. Quartale c. 1,635,950

**** Wien, 6. Aug.,** Nachmittags. **Wochenausweis** der gesammten lombardischen Eisenbahn vom 23. bis zum 29. Juli 1,362,903 Fl., gegen 1,392,697 Fl. der entf. rechenben Woche des Vorjahres, mithin **Wochen-Minder-einnahme** 29,795 Fl. Bisherige **Minde-einnahme** seit 1. Januar 2,215,556 Fl.

**** Antwerpen, 5. August.** In der heutigen Wollauktion wurden von 696 B. anacotininen Buenos-Ayres Wollen 647 B., von 547 B. Montevideo: 494 B. und von 452 B. diverser Wollen 348 B. verkauft. Das Geschäft war belebt und gute Auswahl vorhanden. Preise fest.

* Zur Schleppefrage. Bei einer von der Liedertafel des Wiener Männergesangsvereins veranstalteten Sängerfahrt kam ein Kostüm: „Schmerzschrei“, heiterer Männerchor, Text und Musik von Bach u. Janantzen, zum Vortrage. In überaus launiger Weise

Druck und Verlag von W. Dörner u. Comp. (H. Köstel) in Bielefeld.